

Jonas Pohlmann

Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags

Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz sowie im Unterausschuss Tourismus



Die Oktober-Plenarwoche ist beendet. In der heutigen Ausgabe der Landtagspost findet ihr Informationen zu den Themen:

- Der Wahlkreis in Hannover – und umgekehrt
- Entwurf zum PsychKG
- Hochwasserschutz
- EU-Entwaldungsverordnung
- Wahlkreisreform
- Krisenfestes Gesundheitswesen
- Zahngesundheit für alle Kinder
- Rechtsstaat stärken
- Automobilpolitik
- De-Industrialisierung stoppen
- Wolfsmanagement
- Pläne zur Errichtung einer ‚Niedersächsischen Immobilienanstalt‘ (NIA)
- Themen und Termine

Viel Spaß beim Lesen
wünscht
Ihr/Euer Jonas Pohlmann

Der Wahlkreis in Hannover – und umgekehrt



Sternschnuppen in Hannover

In der Oktober-Plenarwoche hatte ich Besuch von der Chorgemeinschaft der Sternschnuppen aus Georgsmarienhütte.

Das Ständchen auf der Landtags-treppe wird Hannover so schnell nicht vergessen.



Gespräch mit Sozialminister Philippi zur Stärkung der Tagespflegen

Um die Qualität unserer Tagespflegen zu stärken, haben wir Karl Trienen von den Domizil Tagespflegen zu einem Gespräch mit Sozialminister Andreas Philippi in den Landtag eingeladen.

Es gibt konkrete Ansätze für weniger Schreibtischarbeit und mehr wertvolle Zeit am Menschen. Wir setzen auf gute Umsetzung!



Videoschalte mit der SARB

Neuntklässler der Schule Am Roten Berg Hasbergen sind bei Bürgermeister Adrian Schäfer im Rathaus in die Kommunalpolitik eingetaucht.

In einer Video-Schalte hatte ich Gelegenheit, live aus dem Landtag einiges über die Arbeit in Hannover, im Wahlkreis und im Rat der Stadt Georgsmarienhütte zu erzählen.

Das war klasse. Wir sehen uns zum „Gegenbesuch“ in Hannover!

Landtagspost

Mit unserem Entwurf zum PsychKG schließen wir Sicherheitslücken, bevor aus Gefahr Gewalt wird



„Wir schließen Sicherheitslücken, bevor aus Gefahr Gewalt wird und wir handeln dort, wo SPD und Grüne jahrelang nur geredet haben“, erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Thomas Uhlen anlässlich der heutigen Vorstellung des CDU-Gesetzesentwurfs zur Änderung des Niedersächsischen Psychisch-Kranken-Gesetzes (NPsychKG).

Mit dem Entwurf legt die CDU-Landtagsfraktion als erste Fraktion einen vollständigen, rechtlich tragfähigen Vorschlag zur Modernisierung des Gesetzes vor.

Gesamte Pressemitteilung: <https://t1p.de/nukvw>
Gesetzesentwurf: <https://t1p.de/bsuzu>
Link zur Rede (08.10., TOP 5): <https://t1p.de/qbzls>

Hochwasserschutz jetzt umsetzen – Niedersachsen braucht Bauaufträge statt Prüfaufträge

„Das Weihnachtshochwasser 2023 war eine der schwersten Naturkatastrophen, die Niedersachsen je erlebt hat. Unsere Deiche sind vielerorts an ihre Grenzen gekommen – das darf sich nicht wiederholen“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Verena Kämmerling. Nur durch den „unermüdlichen Einsatz zehntausender Helferinnen und Helfer“ sei Schlimmeres verhindert worden. „Ihnen gilt unser Dank – aber Dank allein reicht nicht. Es ist Zeit, dass die Landesregierung endlich handelt.“

Um Niedersachsen künftig besser zu schützen, hat die CDU ein umfassendes Aktionsprogramm für den Hochwasserschutz erarbeitet.



Gesamte Pressemitteilung: <https://t1p.de/cwx94>
Antrag: <https://t1p.de/078k2>
Link zur Rede (09.10., TOP 18): <https://t1p.de/qbzls>

EU-Entwaldungsverordnung: Transparenz, Risikominimierung & zügige Umsetzung



Zu der abschließenden Beratung zu Tagesordnungspunkt 10 zur EU-Entwaldungsverordnung äußert sich Uwe Dorendorf wie folgt:

„Die EU-Entwaldungsverordnung droht weiterhin zu einem Bürokratiemonster zu werden. Die Anforderungen sind so komplex, dass viele Unternehmen – insbesondere kleine und mittlere Betriebe – sie in der vorgegebenen Zeit kaum erfüllen können. Sie brauchen klare Leitlinien, funktionsfähige Systeme und ausreichend Zeit für die Umsetzung. **Die Landesregierung sollte sich für die weitere Vereinfachung der Verordnung, die Einführung einer ‚Nullrisiko‘-Kategorie für nachweislich unbedenkliche Produkte und die Anerkennung bestehender Zertifizierungen einsetzen. Nur so lassen sich Umwelt- und Klimaschutz wirksam umsetzen, ohne Wirtschaft und Verwaltung mit unnötiger Bürokratie zu überlasten.**“

Antrag: <https://t1p.de/q8ggo> // Link zur Rede (08.10., TOP 10): <https://t1p.de/qbzls>

CDU-Fraktion lehnt Wahlkreisreform von rot-grün ab



Zur geplanten Wahlkreisreform der rot-grünen Landesregierung erklärt die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion, Carina Hermann wie folgt:

„Wir lehnen die rot-grünen Pläne, zusätzliche Wahlkreise zu schaffen, entschieden ab. Eine solche Ausweitung bläht den Landtag durch Überhangs- und Ausgleichsmandate unnötig auf und ist weder sachlich noch finanziell gerechtfertigt.“

Ein Neuzuschnitt wäre auch mit den bestehenden 87 Wahlkreisen möglich gewesen. Dass Rot-Grün diesen Weg bewusst nicht gewählt hat, zeigt deutlich, worum

es wirklich geht: **Die rot-grüne Wahlkreisreform verfolgt parteipolitische Interessen der Koalition, statt sachgerecht die Vorgaben des Staatsgerichtshofs umzusetzen. So kratzen weiterhin viele Wahlkreise an der maßgeblichen 15%-Grenze.**

Die Entscheidung, den Landtag künftig um zusätzliche Wahlkreise zu erweitern, hat Rot-Grün dabei im Alleingang getroffen, ohne den Versuch, über Fraktionsgrenzen hinweg einen gemeinsamen Konsens zu finden.“

Krisenfestes Gesundheitswesen ist keine Option, sondern Pflicht – aus Pandemie und Weltlage die richtigen Lehren ziehen

„Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass Gesundheitsversorgung auch in schwierigsten Zeiten funktioniert“, erklärt der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Eike Holsten, anlässlich des CDU-Antrags „Krisenfestes Gesundheitswesen für Niedersachsen“, der heute im Landtag eingebracht wurde. **„Die Pandemie hat offengelegt, wo unser System verwundbar ist – das darf sich nie wiederholen.“**



Gesamte Pressemitteilung: <https://t1p.de/vylwa>
Antrag: <https://t1p.de/hzq24>
Link zur Rede (09.10., TOP 19): <https://t1p.de/qbzls>

Zahngesundheit für alle Kinder: Jetzt verpflichtende Vorsorge



Zu der abschließenden Beratung zu Tagesordnungspunkt 26 „Gesunde Zähne von Anfang an – zahnärztliche Vorsorge für alle Kinder in Kitas stärken“ erklärt Anna Bauseneick wie folgt:

„Mit der Zustimmung zu unserem Antrag haben wir klar gemacht: Kein Kind darf bei der Zahngesundheit durchs Raster fallen. Mit der verpflichtenden zahnärztlichen Vorsorge in Kitas erreichen wir endlich alle Kinder, unabhängig vom Elternhaus. Das ermöglicht mehr Gesundheit, weniger Bürokratie und echte Chancengerechtigkeit. **Gesunde Zähne sind keine Nebensache – sie sind Grundlage für Sprache, Entwicklung und Selbstbewusstsein. Deshalb muss die verpflichtende Vorsorge jetzt kommen – nicht erst mit der nächsten Gesetzesnovelle.**“

Beschlussempfehlung: <https://t1p.de/vyw1a>
Link zur Rede (09.10., TOP 26): <https://t1p.de/qbzls>

Rechtsstaat stärken – Strafverfahren beschleunigen



„Straftaten müssen schneller geahndet werden. Nur ein handlungsfähiger Rechtsstaat genießt dauerhaft Vertrauen“, sagt Christoph Plett, Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen. **„Wenn zwischen Tat und Urteil viele Monate vergehen, verliert die Strafe ihre Wirkung – für Täter, Opfer und die Gesellschaft gleichermaßen.“**

Gesamte Pressemitteilung: <https://t1p.de/n1mua>
Antrag: <https://t1p.de/7j38m>
Link zur Rede (08.10., TOP 7): <https://t1p.de/qbzls>

Die Landesregierung verliert wertvolle Zeit – Niedersachsen braucht endlich eine aktive Automobilpolitik

Wir diskutieren einen Antrag, den wir bereits am 3. September 2024 – also vor über einem Jahr – eingebracht haben“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marcel Scharrelmann, in der Landtagsdebatte zur Zukunft der Automobilindustrie. „In dieser Zeit hat sich die Lage der Branche dramatisch zugespitzt: Stellen werden abgebaut, Unternehmen stehen unter Druck und Niedersachsen verliert wertvolle Zeit.“ Scharrelmann warf der rot-grünen Landesregierung Untätigkeit und fehlende Richtung vor.

Während Volkswagen bis 2030 rund 35.000 Stellen abbauen wolle und laut NiedersachsenMetall bis zu 50.000 Industriearbeitsplätze im Land gefährdet seien, habe die Landesregierung „nichts als Worthülsen“ geliefert.



Gesamte Pressemitteilung: <https://t1p.de/v540y> // Link zur Debatte (08.10., TOP 2): <https://t1p.de/qbzls>

Wettbewerbsfähigkeit sichern – De-Industrialisierung entschlossen stoppen



„Niedersachsen darf nicht zuschauen, wie seine Industrie Schritt für Schritt abwandert“, mahnt Reinhold Hilbers, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung. „Unsere Betriebe brauchen endlich wieder verlässliche Rahmenbedingungen, bezahlbare Energie und eine Verwaltung, die nicht bremst, sondern unterstützt. Wenn wir weiter zuschauen, verlieren wir nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Know-how und Zukunftsfähigkeit.“

Dafür brauche Niedersachsen jetzt eine klare industriepolitische Agenda. „Wir brauchen eine Standortpolitik, die Investitionen anzieht, nicht vertreibt“, so Hilbers. **„Dazu gehören niedrigere Unternehmenssteuern, eine Entlastung bei Energiepreisen und ein echter Bürokratie-Stopp. Niedersachsen muss wieder ein Land sein, in dem sich Leistung und Investition lohnen.“**

Gesamte Pressemitteilung: <https://t1p.de/z9tgl>
Antrag: <https://t1p.de/fdgee>
Link zur Rede (09.10., TOP 22): <https://t1p.de/qbzls>

Ein aktives Wolfsmanagement ist überfällig – für den Schutz unserer Weidetiere, Deiche und Menschen im ländlichen Raum



Der agrarpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Marco Mohrmann, hat ein entschlossenes Wolfsmanagement in Niedersachsen gefordert: **„Wir haben in Niedersachsen inzwischen über 600 Wölfe und damit eine der höchsten Wolfsdichten weltweit. Die Folgen sind dramatisch: gerissene Weidetiere, verunsicherte Tierhalter und zunehmende Konflikte im ländlichen Raum. Die Landesregierung darf das nicht länger ignorieren und muss endlich handeln, statt weiter auf Zeit zu spielen“**, erklärte Mohrmann am Donnerstag im Landtag.

Gesamte Pressemitteilung: <https://t1p.de/y6ozk>
Antrag: <https://t1p.de/la5ve>
Link zur Rede (10.10., TOP 31): <https://t1p.de/qbzls>

NIA-Pläne: Rot-Grün ignoriert Expertenargumente gegen neue Landes-Schulden

Anlässlich der dringlichen Anfrage im Plenum mit dem Titel „NIA verfassungswidrig? Hält die Landesregierung an ihrem „Versuch der Umgehung der Schuldenbremse“ fest?“ erklärt der finanzpolitische Sprecher und stellv. Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Ulf Thiele wie folgt:

„Mit seinen Plänen zur Errichtung einer ‚Niedersächsischen Immobilienanstalt‘ (NIA), bleibt der Finanzminister auf dem Holzweg. Die NIA vergrößert die Koordinierungsprobleme im Landesbau, verschlechtert die Transparenz und dient dem verfassungswidrigen Bruch der Schuldenbremse.

Der einzige objektive Zweck der Errichtung der NIA ist es, neben und außerhalb der Schuldenbremse noch einmal weitere Schulden aufzunehmen. Dies ignoriert Finanzminister Heere. Er verantwortet damit persönlich, dass der Landesbau und geplante Bauprojekte durch diese Fehlkonstruktion erheblichen Schaden nehmen werden.



Trotz der sehr kritischen Stellungnahmen unter anderem der unabhängigen Experten der Universität Trier, der Universität Passau und des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes des Landtages, welche erhebliche verfassungsrechtliche Risiken in der geplanten Kreditfinanzierung der NIA neben den Regeln der Schuldenbremse sehen, hält die rot-grüne Landesregierung an dem Projekt fest. Das haben die Antworten der Landesregierung zur heutigen Dringlichen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion leider gezeigt. Dabei haben sowohl der Landesrechnungshof als auch der Bund der Steuerzahler und verschiedene Gutachter, wie u.a. Prof. Dr. Rösel von der TU Braunschweig keine Effizienzgewinne in der NIA sehen bzw. ihr keinen wirtschaftlichen Mehrwert zuweisen.

Wir erwarten von der rot-grünen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen, dass sie die sehr kritischen Stellungnahmen der Experten im Rahmen der Anhörung nicht weiter ignorieren, sondern ihren Schuldendurst jetzt endlich zügeln, den Gesetzentwurf zurückziehen, das Baumanagement der Landesregierung deutlich effizienter aufstellen und die notwendigen Hochbau- und Sanierungsmaßnahmen im Haushalt des Landes darstellen und finanzieren.“

Antrag: <https://t1p.de/79yrs>
Link zur Rede (09.10., TOP 17b): <https://t1p.de/qbzls>

Themen und Termine



Glaner Markt



Kirmesrundgang in Oesede



Eröffnung der neuen Seedhouse-Räume



Neue DRK-Verwaltung in der Mündruper Heide



Der Arbeitskreis Umwelt zu Gast bei Storag Etzel

Themen und Termine



Parlamentarischer Abend BVEG



Umweltausschuss bei der Alfred-Toepfer-Akademie in Schneverdingen



Sitzung Kreisvorstand Stadt und Landkreis-CDU mit der IHK



Fördergipfel für Vereine in der LandvolkHochschule



Gute Gespräche in Hannover

Themen und Termine



Jubiläum des TC Glandorf



Beim Amtsgericht in Bad Iburg



Treffen der Bezirksgruppe mit
Handwerkskammer



Netzwerktreffen der Jungen Gruppen der CDU-/CSU-
Landtagsfraktionen in Berlin

Themen und Termine



Ferkelmarkt in Hagen



80ster Geburtstag von Hans-Gert Pöttering



Ehemaligenabend der Landtagsfraktion

Leider liebe ich:

Jonas Pohlmann, MdL

- Tier-Dokus
- Milch
- Brötchen mit Marmelade und Nutella
- den Steuersong
- Puten-Gulasch
- beim Fernsehen im Sessel einschlafen
- morgens die Papier-Tageszeitung lesen
- den Gedanken, im Alter einen Gnadenhof für Tiere zu eröffnen

Kontakt: Jonas Pohlmann, MdL, Schwedeldorfer Straße 13, 49124 Georgsmarienhütte

Bürgerbüro: Oeseder Str. 79, 49124 Georgsmarienhütte
Tel.: 0151 / 11 22 98 48
info@jonas-pohlmann.de, www.jonas-pohlmann.de

Bürozeiten: Mo-Fr. 8:00 - 13:00 Uhr
Mitarbeiter: Anja Hotfilter, Felix Knemeyer, Daniel Gärtling

Quelle: www.cdu-fraktion-niedersachsen.de
Symbolfotos: Pixabay

Social-Media



PohlmannJonas



pohlmannsjonas

Newsletter abonnieren oder abbestellen
auf www.jonas-pohlmann.de